

Lesehilfe Mythenplakat Rente

WAS STECKT DAHINTER? Was Sozialstaatskritiker erreichen wollen.

Bei Kritik an der gesetzlichen Rente geht es Kritiker*innen häufig darum, ein schlechtes Bild der umlagebasierten gesetzlichen Rente bei Menschen zu erzeugen. Zweifelsohne steht auch das Umlagesystem vor Herausforderungen und es bedarf solidarischer Reformen, um das System gerecht und zukunftsfest aufzustellen. Doch hinter den Angriffen steckt nicht der Wunsch, das System zu reformieren, sondern sich grundsätzlich vom Solidarsystem zu verabschieden. Das Ziel dabei ist klar: **Schwächung der gesetzlichen Rente** zugunsten privater, kapitalbasierter Vorsorge.

Ein Dorn im Auge ist den Arbeitgebern dabei die paritätische Aufteilung der Kosten für die Altersvorsorge in der gesetzlichen Rente (die Arbeitgeber zahlen 50 %, wir zahlen 50 % der Rentenversicherungsbeiträge). Denn **sollen Beschäftigte privat vorsorgen, müssen sie dafür allein zahlen** und die Arbeitgeber entledigen sich ihrer Verantwortung, sich an der Altersvorsorge zu beteiligen.

Darum wird auch der Ruf nach weniger Leistungen (z.B. niedrigere Renten, späterer Renteneintritt), das heißt, einem geringeren Schutzniveau der Rente lauter. Wird z.B. das Schutzniveau der gesetzlichen Rentenversicherung abgeschwächt, müssen auch weniger Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden. Das heißt zwar auch mehr vom Netto für die Beschäftigten, aber das wenige mehr an Netto muss dann aber in private Versicherungen gesteckt werden. Für Beschäftigte heißt das: sie zahlen mehr als die Arbeitgeber und haben am Ende vielleicht sogar weniger Rente! Für die Arbeitgeber heißt das, dass **sie finanziell entlastet** werden.

Doch nicht nur die Arbeitgeber profitieren von der Schwächung der gesetzlichen Rente, denn **Privatvorsorge ist ein sehr lukratives Geschäft für die Versicherungswirtschaft!** Die geplante Frühstartrente der neuen Regierung z.B. sieht vor, dass für alle schulpflichtigen Kinder zwischen 6 und 18 Jahren jeden Monat 10 Euro in ein kapitalbasiertes Vorsorgedepot eingezahlt wird. Für zwölf Jahrgänge kommt man so auf eine Summe von 1 Mrd. Euro! Ein milliardenschweres Geschenk für die Versicherungswirtschaft – die zusätzlich noch die persönlichen Daten der Kinder als Kundenstamm hat.

WAS SIND DIE FAKTEN? Was wirklich stimmt.

Immer wieder wird behauptet die Alten lebten auf die Kosten der Jungen und die demografische Entwicklung bringe das Rentensystem zum Einsturz. Letztere ist eine Herausforderung, aber ist sie so gravierend wie immer behauptet wird? Betrachtet man das Verhältnis von Beitragszahlenden und Altersrentner*innen so kommen mittlerweile zwei Versicherte auf eine*n Rentner*in. 1962 war dieses Verhältnis noch 6:1. Dieser Trend ist aber nicht geradlinig. Er hat sich seit 2000 stark abgeflacht. In den letzten Jahren stieg das Verhältnis von Versicherten und Rentner*innen sogar wieder. Der Grund: Die Zunahme an Erwerbspersonen in Deutschland hat mit der Zunahme der Altersrentner Schritt gehalten. Wichtiger als die Anzahl der Köpfe, die in die Rentenversicherung einzahlen, sind die Beiträge, die gezahlt werden. Bei steigender Produktivität und guten Löhnen wird auch mehr in die Rentenkasse eingezahlt. Eine **stabile Rente hängt also von Beitragszahlenden, Produktivität und guten Löhnen ab.**

Das Umlagesystem wird häufig als Schwäche dargestellt – dabei schafft es in Realität **Stabilität und Sicherheit**. Denn es unterliegt keinen Kursschwankungen oder Börsencrashes. Es stimmt zwar, dass Kapitalmärkte im Schnitt auf lange Sicht eine gewisse Rendite bringen. Aber immer wieder gibt es Meldungen, dass ganze Pensionsfonds in anderen Ländern in Krisenzeiten zusammengebrochen sind. Für viele Rentner*innen in Ländern mit kapitalbasierten Rentensystemen bedeuten Börsencrashes die Entwertung ihrer Pensionsfonds und damit von heute auf morgen Altersarmut. Die Rente wird so zum Glücksspiel. Mit dem Umlagesystem kann dies nicht passieren – es ist in der großen Gruppe der Beitragszahlenden fest verankert und sichert seit Jahrzehnten Generationen zuverlässig ab. Die gesetzliche Rente in Deutschland hat sowohl Wiedervereinigung als auch Finanzmarkt- und Wirtschafts- und zuletzt Corona-Krise ohne wesentliche Leistungsverschlechterungen bewältigt.

Es ist nachvollziehbar, dass viele Jünger sich angesichts des Schlehtredens der Rente fragen, ob für sie später nochmal was drin ist. Die Antwort ist klar ja! **Auch die Jüngeren werden von der gesetzlichen Rente profitieren.**

Wissenschaftliche Berechnungen zeigen, dass die gesetzliche Rente mit bis zu 4,5 % eine **gute Rendite** hat und auch für Jüngere haben wird – und das ohne Risiko und trotz des demografischen Wandels.

Der wichtigste Grund für das Festhalten an der gesetzlichen Rente liegt aber in dem Grundverständnis einer solidarischen Gesellschaft begründet. Im kapitalmarktbasierten System hängen höhere Renten von höheren Renditen der Unternehmen zusammen, das heißt oft auch mit Ausbeutung von Mensch und Umwelt hierzulande oder anderswo auf der Welt zusammen. Im gesetzlichen Umlagesystem steigen die Renten, wenn auch die Löhne steigen. Das heißt, wenn Beschäftigte hierzulande von einem höheren Mindestlohn oder besseren Tarifverträgen profitieren. Das schafft eine solidarische Verbindung zwischen Rentner*innen und Beschäftigten.

WAS IST DIE LÖSUNG? Wie ein gerechter Sozialstaat funktioniert.

Den demografischen Herausforderungen begegnen und eine bessere Rente für alle ermöglichen? Das geht! Wird das Solidarsystem der gesetzlichen Rentenversicherung auf alle Beschäftigten ausgeweitet, so dass auch Beamt*innen, Ärzt*innen (und andere freie Berufe) und Politiker*innen in die gesetzliche Rente einzahlen, wird das Umlagesystem weiter stabilisiert. Denn diese sehr gut bezahlten Berufe zahlen gar nicht in die gesetzliche Rente ein. Die **Erwerbstätigenversicherung**, das heißt ein Rentensystem für alle Beschäftigten, würde so mehr Gerechtigkeit schaffen und das System stabilisieren.

Mit den Mehreinnahmen und einem fairen Mix aus höheren Steuerzuschüssen und Beiträgen könnte so auch wieder das **Rentenniveau zunächst stabilisiert und dann auf 53 % angehoben** werden. Das entspricht in etwa dem Rentenniveau vor den Agenda 2010 – Reformen, die das Schutzniveau geschwächt haben.

Essenziell: **Arbeitsplätze sichern und gute Löhne zahlen**, denn sichere, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sorgt für einen gut ausgestatteten Sozialstaat. Höhere Löhne zahlen direkt doppelt: zum einen, weil so mehr Beiträge gezahlt werden und zum anderen, weil die Entwicklung der Renten sich an der Entwicklung der Löhne orientiert. Steigen die Löhne, steigen auch die Renten.

Für mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sorgen auch **bessere Kinderbetreuung, und attraktive Arbeitsbedingungen für ausländische Fachkräfte**. Auch sie führen dazu, dass mehr Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen und so das Rentensystem stabilisiert wird.